

Medienmitteilung

Thema	Elektronischen Patientendossiers: Heiningen umgeht demokratischen Entscheid
Für Rückfragen	Michael Zeugin (Kantonsrat, Mitglied Finanzkommission) Tel. 079 962 32 75
Absender	Grünliberale Partei Kanton Zürich Tel +41 44 701 24 00, eMail zh@grunliberale.ch , www.zh.grunliberale.ch
Datum	01. Juni 2016

Mit seinem Beschluss, die Einführung der elektronischen Patientendossiers nun mit einem Staatsbeitrag in Höhe von 3,75 Millionen Franken zu finanzieren, umgeht der Regierungsrat den vom Kantonsrat gefällten demokratischen Entscheid. Die Grünliberalen kritisieren dieses, gegenüber demokratisch gefällten Entscheiden, respektlose Verhalten. Mit dem Vorgehen soll zudem verhindert werden, dass die anlässlich der Kantonsratsberatung vielseitig geäußerten Kritikpunkte öffentlich diskutiert werden.

Wie bereits in der Kantonsratsdebatte festgehalten, handelt es sich bei diesem Geschäft um einen ordnungspolitischen Sündenfall. Dass ein Regierungsrat mit seiner Direktion einen Verein gründet, diesen präsidiert und die Geschäftsstelle führt sowie darüber hinaus das finanzielle Risiko trägt, ist unhaltbar. Dieses Vorgehen schafft ein Präjudiz, welches für den Kanton Zürich schädlich ist. Die Grünliberalen erwarten, dass dieses Vorgehen von der Geschäftsprüfungskommission untersucht wird.

Nach dem negativen Entscheid des Kantonsrats bezüglich der Finanzierung aus dem Lotteriefonds soll der Beitrag aus dem regulären Staatshaushalt finanziert werden. Diese neuen zusätzlichen Ausgaben passen nicht zur Leistungsüberprüfung des Regierungsrates.